

**20.2.2008**

**HRK-Senat debattiert Studienreform in Deutschland:  
Politik darf Bologna-Reform nicht länger links liegen lassen -  
Hochschulen steuern nach**

Die Zukunft des Studiums in Deutschland stand im Mittelpunkt der Sitzung des 107. Senats der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 19. Februar in Bonn.

Diskutiert wurde der Stand der Bologna-Reform und deren Bewertung durch die Hochschulen, zwei Jahre bevor die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master abgeschlossen sein soll. „Wir sind jetzt in der Phase der Nachsteuerung, um die Reform zum Erfolg zu führen“, sagte dazu HRK-Präsidentin Margret Wintermantel. „Das betrifft die Anerkennungspraxis in den Hochschulen, die Gestaltung der Prüfungen, den Qualifikationsrahmen für Curricula oder Teilzeitstudiengänge. Das Bologna-Zentrum der HRK ist dafür eine wichtige Drehscheibe. Hier werden die inzwischen vorliegenden Erfahrungen gesammelt, ausgewertet und an die Hochschulen vermittelt. Bei der Aussprache im HRK-Senat wurden die notwendigen Konsequenzen erörtert.

Die Diskussion zeigte, dass sich die Hochschulen der noch anstehenden Aufgaben sehr bewusst sind und dass sie nach wie vor enorme Kräfte in den Reformprozess investieren. Dass der Staat, das heißt die Länder, die Hochschulen weitgehend mit der Finanzierung des Aufwands der Umstellung und der Intensivierung des Lehrangebots alleine lässt, bleibt eine ungeheure Belastung. Der HRK-Senat hat unmissverständlich erklärt, dass bei der zugesagten Neuauflage des Hochschulpakts für die Jahre nach 2010 dieser Bedarf nicht erneut ausgespart werden darf.

Ein wesentlicher Hebel, um die Situation in der Lehre zu verändern, ist die Reform des Kapazitätsrechts. Das ist starr, nicht bedarfsorientiert und gänzlich überholungsbedürftig. Der Senat hat den HRK-Vorschlag nochmals bekräftigt, dass die Ausbildungskapazitäten der einzelnen Hochschule pro Fächergruppe oder Fakultät in Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschule festgelegt werden sollten. Daraus muss sich eine Finanzierung ergeben, die als Grundausrüstung die erforderlichen Mindestqualitätsstandards sichert. Damit hoffen wir zu einer bedarfsgerechten Ausstattung zu kommen, die durch Studienbeiträge oder andere Drittmittel von den Hochschulen dann weiter verbessert werden kann.

Die Hochschulen werten Informationen, die sich inzwischen aus den Erfahrungen mit den neuen Studiengängen ziehen lassen, sorgfältig aus. Dazu gehören auch die jetzt von der HIS-GmbH erhobenen Hinweise darauf, dass sich an manchen Stellen die Zahl der Abbrecher erhöht. Es fällt auf, dass es zwischen Universitäten und Fachhochschulen sowie von Fach zu

.../2

Fach große Unterschiede hinsichtlich der Zahl der Abbrecher gibt. In den Sozial-, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften ist die Abbrecherrate deutlich gesunken. Dort hat der erhoffte Paradigmenwechsel tatsächlich stattgefunden. Bei den ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen an Fachhochschulen haben dagegen sogar vermehrt Studierende ihr Studium aufgegeben. Das weist darauf hin, dass die Curriculumsplaner künftig noch mehr auf die Studierbarkeit der neuen Studiengänge achten müssen. Den Studierenden ist nicht geholfen, wenn der Lernstoff aus dem Diplom in die kürzeren Bachelor-Studiengänge gestopft wird. Bessere Betreuungsrelationen und Studienberatungen müssen hier ebenfalls ein Thema sein. Wir wollen eine echte Studienreform, die den Studierenden bei der Gestaltung des Curriculums im Mittelpunkt steht.

Auch die Frage, ob die Bologna-Reform die nationale und internationale Mobilität der Studierenden wie angestrebt fördert, muss geprüft werden. Daraus kann sich unter anderem die Frage ergeben, ob die Konzentration auf den sechssemestrigen Bachelor in Deutschland überall richtig ist. Es sind sicher Überlegungen notwendig, wo ein sieben- oder achtsemestriger Bachelor sinnvoller wäre, etwa um Praxisanteile oder Auslandssemester zu integrieren oder die Studienpläne zu entzerren. Das Ziel, einer verkürzten, kompetenzorientierten ersten Ausbildungsstufe wird dadurch nicht gefährdet.“